

# Suche nach dem starken Mann

## Innere Machtkämpfe im konservativen Lager

Susanne Götze\*

» Eigentlich könnte die Ausgangslage für das konservative Lager in Frankreich wenige Monate vor der Präsidentschaftswahl nicht besser sein: Ein geschwächter Präsident und ein krisengeschütteltes Land machen den Weg frei für den großen Auftritt eines konservativen Kandidaten. Doch das bürgerliche Lager ist durch innere Machtkämpfe gelähmt und die Rechtspopulisten treiben *les Républicains* vor sich her.

### Un trop-plein de candidats

A huit mois de l'élection présidentielle en France, les états-majors politiques cherchent leur candidat, qui sera en mesure d'affronter celui des socialistes. Or malgré des sondages dé-



favorables au président socialiste François Hollande et à la politique menée par son gouvernement,

malgré une situation sociale explosive marquée par des contestations de rues et des syndicats récalcitrants, les conservateurs ne parviennent pas à s'imposer dans une campagne, où nombreux sont les candidats à la fonction suprême.

L'ancien chef de l'Etat, Nicolas Sarkozy, président des Républicains, souhaiterait jouer le rôle de « sauveur du pays », mais il ne parvient pas à dépasser dans les sondages le maire de Bordeaux, Alain Juppé, ancien premier ministre. Le nom du futur candidat conservateur sera connu seulement en novembre, après les « primaires ouvertes », les premières organisées par la droite – un duel avec en toile de fond la forte poussée de l'extrême droite présidée par Marine Le Pen.

Réd.

„Hundert Meter nördlich stand die gesamte Place de Clichy in Flammen. Man konnte die ausgebrannten Wracks einiger Pkw und eines Busses erkennen. Inmitten des Feuers erhob sich, imposant und schwarz, die Statue von Moncey. Niemand in Sicht. Stille hüllte das Geschehen ein, unterbrochen nur von dem wiederholten Aufheulen einer Sirene“ – Die Szene stammt aus dem neuen Roman von Michel Houellebecq, *Unterwerfung*. Sie könnte aber auch aus der aktuellen Berichterstattung über die Proteste gegen die Reformen der Regierung von François Hollande kommen. Bilder von Tränengaswolken über französischen Boulevards und von randalierenden Vermummten gingen um die Welt. In den letzten Monaten erschütterten geradezu bürgerkriegsartige Zustände Paris, die Anschläge haben Frankreich verwundbar gemacht. Ähnliche Zustände der Angst und Verunsicherung hat das Land seit dem Algerienkrieg Ende der 1950er-Jahre nicht mehr erlebt. Und das alles nicht mal ein Jahr vor den französischen Präsidentschaftswahlen im April 2017 – eine Stimmung, die der Schriftsteller Houellebecq kaum besser hätte beschreiben können.

Wenig überraschend ist es da, dass der amtierende Präsident stetig an Zustimmung verliert und die konservative Opposition versucht, sich als Retter in der Krise zu präsentieren: „*Priorität hat jetzt, die Autorität im Land wiederherzustellen*“, erklärt Ex-Präsident Nicolas Sarkozy in einem Interview. Obwohl noch nicht einmal offizieller

\* Dr. Susanne Götze lebt in Berlin und arbeitet als freie Journalistin und Autorin.

Kandidat, hält er sich selbst am geeignetsten, Frankreich von „Anarchie“ und „Chaos“ zu befreien. Sarkozy hofft, dass der „starke Mann“-Reflex in Krisenzeiten ihn zum zweiten Mal zum Präsidenten macht. Doch so einfach dürfte es nicht werden. Noch etliche Hürden müssen genommen werden, längst ist nichts entschieden – weder, ob es Sarkozy schafft, Kandidat seiner Partei zu werden, noch, ob sich die Konservativen überhaupt gegen die anderen Parteien durchsetzen können.

Dennoch könnte die Ausgangslage für das bürgerlich-konservative Lager von *les Républicains* (LR) kaum besser sein. Die Zustimmung zum amtierenden sozialistischen Präsidenten liegt laut Umfragen auf einen rekordverdächtigen Tiefpunkt: Die eigenen sozialistischen Wähler demonstrieren gegen François Hollande, seine Partei ist gespalten, die Gewerkschaften sind in Rage. Der Anschlag vom 14. Juli in Nizza hat eine Debatte um die Autorität der Regierung entfacht. Besser hätte es für die Opposition nicht laufen können – wären da nicht Marine Le Pen und der innerparteiliche Hahnenkampf.

## Selbsterklärte Retter Frankreichs

Nicht nur Sarkozy will im nächsten April den Retter der Franzosen geben, sondern auch noch mindestens zwölf andere Parteigrößen. Das erste Mal in der Parteigeschichte lässt sich das bürgerliche Lager in Frankreich auf offene Vorwahlen (*primaires ouvertes*) ein. Für die Wahl des Präsidentschaftskandidaten von *les Républicains* können am 27. November alle französischen Bürger votieren. Sie müssen laut Parteistatut nur ein Bekenntnis unterschreiben, dass sie sich zu den Werten der Partei bekennen sowie eine Gebühr von zwei Euro bezahlen. Bisher haben Parteischwergewichte wie François Fillon – früherer Premierminister unter Sarkozy (2007–2012) – ihren Hut in den Ring geworfen sowie der ehemalige Parteivorsitzende Jean-François Copé, der Bürgermeister von Bordeaux, Alain Juppé, und als eine der wenigen Frauen Nathalie Kosciusko-Morizet. Nicolas Sarkozys Kandidatur gilt als sicher. Er trat am 2. Juli von der Spitze des *Conseil National* (dieses oberste Gremium ist eine Art Parteiparlament) zurück, was als Vorbereitung für eine

Kandidatur gilt. Schon seit über einem Jahr spekulieren die Medien deshalb über ein mögliches „Duell Sarkozy-Juppé“ in den *primaires*.

Klarer Favorit ist Alain Juppé. Doch dessen Vorsprung ist mit Vorsicht zu genießen. Zwar liegt der mit 70 Jahren älteste konservative Kandidat in den Umfragen von *TNS Sofres* noch mit knapp 7 % vor seinem weitaus jüngeren Erzrivalen. Juppés Vorsprung wird langsam aber sicher von dem zögerlichen aber wohlbedachten *Comeback* des Ex-Präsidenten erodiert, vor allem seit dem Anschlag von Nizza. Innerparteilich soll Nicolas Sarkozy sogar schon vor Alain Juppé liegen, glaubt man den Umfragewerten, die von den Medien gerade in der Sommerpause alle paar Tage genüsslich ausgebreitet werden. Medien und soziale Netzwerke lassen sich vor allem über Umfrage-Prozente und mögliche Niederlagen und Überraschungssiege aus. Um Inhalte geht es kaum.



Als Noch-Parteichef Sarkozy das Wahlprogramm der Partei am 2. Juli präsentierte, waren weitere Kandidaten wie Bruno Le Maire gar nicht anwesend, François Fillon und Alain Juppé schauten nur kurz auf dem Parteitag vorbei. Alain Juppé erklärte sogar, dass er sich weder die Rede des Parteichefs anhören, noch an der Abstimmung über das Programm beteiligen werde. Nicolas Sarkozy beschimpfte seine Rivalen, die politische Familie zu verraten. Solange das Lied der *primaires* nicht gesungen ist und es keinen endgültigen Kandidaten gibt, wollen die Rivalen Sarkozys auch nicht über ein Programm sprechen. Und die LR-Kandidaten haben durchaus unterschiedliche Vorstellungen, beispielsweise über die von François Hollande angeschobene Reform des Arbeitsmarktes.

## Was heißt liberal?

Während die Gewerkschaften seit Monaten Hunderttausende Franzosen auf die Straßen mobilisieren, wurde das umstrittene Gesetz der aktuellen Arbeitsministerin Myriam El Khomri (*Loi Khomri*) vom konservativ dominierten Senat im Juni verschärft. Obwohl die Franzosen das Gesetz mehrheitlich ablehnen, sind die Kandidaten der LR überzeugt, dass der Arbeitsmarkt unternehmerfreundlicher und flexibler – kurz liberaler – werden muss. „Das Wort liberal macht mir keine Angst“, erklärte Alain Juppé in einem Interview mit *Le Monde* im Mai. „Liberal sein, heißt frei zu sein“, so Juppé und verweist auf die Tradition des Wortes im 19. Jahrhundert – allerdings wurde liberal damals vor allem im Sinne politischer Freiheiten verwendet.

Heute geht es den Liberalen darum, die 35-Stunden-Woche aufzuweichen und den Weg der Regierung Hollande in Sachen Arbeitsmarktreform konsequent zu Ende zu gehen. Die Ausnahme dabei: Nicolas Sarkozy. Er grenzt sich von seinen Mitbewerbern dadurch ab, dass er als einziger für eine Beibehaltung von 35 Stunden als legale Obergrenze der Wochenarbeitszeit eintritt. Was sozialistisch klingt, ist aber nicht so gemeint. Mit Einverständnis des Arbeitnehmers kann auch länger als 35 Stunden pro Woche gearbeitet werden – was in der Praxis wiederum auf eine Lockerung der 35-Stunden-Woche hinausläuft.

Überhaupt will Sarkozy den Unternehmern die Freiheiten wiedergeben, die Hollande ihnen in den letzten Jahren genommen habe, erklärte der Ex-Präsident im Vorfeld des LR-Parteitag am Anfang Juli. Gebe die Politik Freiheiten auf der einen Seite aus, müsse sie auf der anderen Seite Rechte einschränken. Für Sarkozy betrifft das die Macht der Gewerkschaften, deren „*Monopol*“ bei den Betriebsversammlungen gebrochen werden müsse und die er eher als politische Parteien, denn als Arbeitnehmervertretungen sieht. Nach dem wochenlangen Demonstrations-Marathon gegen die *Loi Khomri*, schlug sich Sarkozy, als die Regierung und LR-Politiker wie Juppé ein Versammlungsverbot forderten, in einer republikanischen Geste auf die Seiten der Gewerkschaften. Allerdings erklärte er im gleichen Atemzug, die Ge-

werkschaften sollten für die Schäden aufkommen, die Randalierer (*casseurs*) durch das Anzünden von Autos oder Plünderungen angerichtet hatten und „*Verantwortung übernehmen*“.

Neu ist auch Sarkozys Vorliebe für Referenden, um über sensible Themen abstimmen zu lassen. Während er 2006 die Volksabstimmung über die europäische Verfassung bzw. den Vertrag von Lissabon nicht „für das richtige Mittel“ hielt, scheint sich seine Meinung nun geändert zu haben. Kurz nach seiner Wahl will Nicolas Sarkozy über Fragen wie die Reduzierung der Zahl der Parlamentarier oder der Arbeitsmarktreform und soziale Sicherungssysteme entscheiden lassen. Wie erfolgreich das ist, angesichts der Ablehnung der Mehrheit der Franzosen gegenüber einschneidenden sozialen Maßnahmen, bleibt abzuwarten.

Ob gegenüber Hollande oder seinen Parteivalen: Nicolas Sarkozy setzt seine ganz eigene Marke. Gefragt, ob er zurückgekommen sei, um sich an François Hollande zu rächen, kontert Sarkozy mit dem Verweis darauf, dass er nun „*älter und weiser*“ geworden sei.

Wenn das Alter und Klugheit so zusammenhängen, hat allerdings sein größter Rivale, Alain Juppé, ihm neun Jahre Weisheit voraus. Seit 1976 kämpft der Gaullist für die Konservativen in Frankreich, zuerst im *Rassemblement pour la République* (RPR), dann als zentrale Figur der *Union pour un mouvement populaire* (UMP). „*Alain Juppé pour la France*“, heißt die Kampagne des Bürgermeisters von Bordeaux. Juppés Auftreten ist in diesem Vorwahlkampf weitaus klarer. Seit der Bekanntgabe seiner Kandidatur im August 2014 spricht Juppé seine Forderungen aus, während Sarkozy sein Programm nur tröpfchenweise in die Medien träufelt.

Auch Alain Juppé will der von François Mitterrand 1981 ins Programm aufgenommene und dann von Lionel Jospin Ende der 1990er Jahre eingeführten 35-Stunden-Woche an den Kragen und schlägt eine Erhöhung auf 39 Stunden vor. François Fillon will die 35-Stunden-Höchstgrenze sogar auf 48 Stunden anheben. Damit sprechen aber Fillon und Juppé nur offiziell aus, was die sozialistische Regierung Hollande mit ihrer *Loi Khomri* längst vorweg genommen hat. Danach kann mit Zustimmung der Arbeitnehmer bis zu 60 Stunden

pro Woche gearbeitet werden. Rhetorisch besteht die Regierung jedoch auf den 35 Stunden.

## Der Druck von rechts

Wie es die Geschichte will, steht das bürgerliche Lager 14 Jahre nach dem Duell zwischen Jacques Chirac und Jean-Marie Le Pen nun wieder vor einer Wahl, in der die Konkurrenz von rechts außen weitaus größer ist als die von links. Weil Sozialisten, Kommunisten und Grüne nach fünf Jahren sozialistischer Regierung heillos zerstritten sind und in Umfragen stetig hinter LR-Kandidaten und Marine Le Pen liegen, sieht es ganz danach aus, dass sich das Trauma der Wahl von 2002 wiederholen könnte: Ein konservativer Kandidat in der Stichwahl mit Le Pen – dieses Mal allerdings mit Marine, der Tochter von Jean-Marie Le Pen. Die Vorgängerorganisation von LR – die UMP, *Union pour un mouvement populaire* – wurde 2002 erst kurz vor der Stichwahl zwischen Chirac und Le Pen gegründet. Aus diesem Grund hieß die UMP auch zuerst *Union pour la majorité présidentielle*, was dann nach der Wahl entsprechend geändert wurde.

Bisher liegt der Konservative Alain Juppé in den Umfragen noch weit vor Marine Le Pen. Als einziger schafft er es derzeit, über die – je nach Umfrageinstitut – 25 bis 30 % der Rechtspopulisten zu überbieten. Er ist auch der Wunschgegner von Marine Le Pen, die Juppé zum liberalen Repräsentanten des „Systems“ erklärte, gegen das der *Front National* kämpfe. Von Nicolas Sarkozy hätten die Franzosen die Nase voll, meint die FN-Vorsitzende, und dessen Politik sei „*Barbapapa*“ – gemeint ist eine Zeichentrickfigur, die je nach Situation ihre Form ändert. Le Pen setzt sich nach dem Ja der Briten zum Brexit nun offener denn je für einen Frexit ein.

Kein Wunder, dass die österreichische Bundespräsidentenwahl in Frankreich mit besonderem Interesse verfolgt wurde und die Wahlwiederholung am 2. Oktober Sozialisten wie Konservativen eine Gänsehaut bereitet. Nicolas Sarkozy und auch der sozialistische Außenminister Jean-Marc Ayrault erklärten sich im Vorfeld „besorgt“ über einen möglichen Sieg des FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer.

Wer Kandidat von *les Républicains* wird, entscheidet auch über dem Umgang mit der extremen Rechten. Längst sind sich die Konservativen nicht darüber einig, wie stark sie in Marine Le Pens nationalistischen Populismus wildern wollen. Voran prescht Nicolas Sarkozy: In Saint-André-lez-Lille beschwor der ehemalige konservative Staatspräsident Anfang Juni die französische Identität: die christlichen Traditionen, Frankreich „als Land der Kirchen, Kathedralen und Klöster“ und der landschaftlichen Schönheit wie das Aubrac im Zentralmassiv oder „bretonischen Granit“. „Es gibt heute kein Frankreich mehr“, legt Sarkozy nach, „nur noch Minderheiten, die die Republik jeden Tag mehr zurückwerfen.“ Mit diesen „Minderheiten“ sind die protestierenden Studenten aber auch radikale Islamisten gemeint. Im Namen des Volkes hat Nicolas Sarkozy ihnen den Krieg angesagt. Der Kandidat hat sich für einen „identitären“ Wahlkampf entschieden.

## Fiktion und Realität

Im Roman von Michel Houellebecq liefern sich die Bewegung der *Identitaires* Straßenschlachten mit jungen Muslimen. Am Ende siegt die Muslimbrüderschaft, die französische Identität wird zugunsten islamischer Werte aufgegeben. Wer die politische Botschaft des Buches zu ernst nimmt und Fiktion mit Politik verwechselt, kann daraus voreilige Schlüsse ziehen. Den Identitären Block gibt es seit 2013 auch im wirklichen politischen Leben. Dessen Akteure schrieben bei Veröffentlichung des Buches einen Brief an den Schriftsteller. Titel des Briefes: *Haben Sie keine Angst, wir sind da!* Tatsächlich gibt der Schriftsteller in einem Interview mit dem *Guardian* an, dass er Angst vor dem Islam habe.

Nicht nur Marine Le Pen setzt auf diese Angst, sondern auch Nicolas Sarkozy nimmt seine Rhetorik einer verschärften Immigrationspolitik vom Wahlkampf 2012 wieder auf. Erzrivale Alain Juppé verfolgt derweil eine Kampagne, die ohne rechte Reflexe auskommt: „Ich lehne es ab, eine unglückliche, ängstliche und fast neurotische Identität zu haben“, erklärte er in Reaktion auf die Rede von Sarkozy in Lille. „Identität sollte sich aus Diversität und Einheit speisen.“